

Im Kanton Graubünden
Nationalratssitz zittern.
SVP mit Myrtha Welti.

15... WAHLEN (II) / Der frühere Zürcher
Stadtpräsident Sigmund Widmer (LdU)
kandidiert auf der Seniorenliste der SVP.

5 Bundesräte, 15 Minister

STAATSLEITUNGSREFORM / Der Bundesrat und eine Mehrheit der Parteien, Kantone und Organisationen wollen eine verkleinerte Landesregierung, die das Tagesgeschäft 13 bis 15 Ministern überlässt.

BARBARA RITSCHARD

Der Bundesrat will dynamischer und effizienter werden und sich deshalb einer Staatsleitungsreform unterziehen: Seit gut fünfzig Jahren formuliert die jeweilige Landesregierung diese Absicht neu, immer in Krisenzeiten. Geändert hat sich trotzdem nie etwas. Diese Bilanz hat vor zwei Jahren ein Historikerteam des Bundesarchivs (Thomas Gees und Daniela Meier Mohseni) gezogen. Die neueste Forderung nach einer Staatsleitungsreform ist im Verlauf der Nazigoldkrise gestellt worden.

Magistrale Kropfleerete

Nun ist der Bundesrat in Sachen Staatsleitungsreform wieder einmal in Klausur gegangen. Von Mittwochabend bis Donnerstagmorgen hätten sich die fünf Landesväter und die zwei Landesmütter in Murten getroffen, teilt die Bundeskanzlei mit. Man habe den Abend gemeinsam verbracht – für einmal ganz ohne Verwaltungspapiere und Expertenberichte. «Die Mitglieder des Bundesrates», so die Bundeskanzlei, «konnten völlig frei berichten, wie sie die Arbeit im Kollegium erleben, mit welchen Schwierigkeiten sie im rauer gewordenen politischen Klima konfrontiert sind und welche Wege einzuschlagen wären, um die Wirksamkeit der Regierungstätigkeit zu verbessern.»

Zweistufige Regierung

Bei der magistralen Kropfleerete ist Folgendes herausgekommen: Der Bundesrat will dem Kollegialitätsprinzip treu bleiben, möchte aber eine sogenannte zweistufige Regierung. Konkret be-

deutet dies einen nur noch fünfköpfigen Bundesrat, dem 13 bis 15 Ministerinnen und Minister unterstellt sind. Justizministerin Ruth Metzler soll ein solches Modell ausarbeiten lassen, der Bundesrat will die entsprechende Botschaft nächstes Jahr in die parlamentarische Beratung schicken.

Wunsch einer Mehrheit

Die Landesregierung hat sich für das Ministermodell entschieden, weil es von den meisten Kantonen, Parteien und Organisationen gewünscht wird – unter anderem, weil es europatauglich ist.

Ende 1998 hat der Bundesrat zwei Varianten in Vernehmlassung gegeben. Das **Präsidialmodell** sah eine acht- bis neunköpfige Regierung vor; ein Mitglied hätte jeweils für zwei Jahre das Regierungspräsidium übernommen. Die Kompetenzen des Präsidenten hätten sich auf Leitungs- und Repräsentationspflichten sowie Entscheidungen in dringenden Fällen und unbedeutenden Angelegenheiten beschränkt.

Das **Ministermodell** wollte dem auf fünf Mitglieder geschrumpften Bundesrat ermöglichen, sich aufs Regieren zu konzentrieren. Jedem Mitglied des Bundesrats wären zwei bis drei Minister unterstellt gewesen, die sich um die jeweiligen Sachgebiete und Tagesgeschäfte kümmern.

SP und CVP wollen Minister

Stellung genommen zu den zwei verschiedenen Modellen haben 41 Vernehmlasser. 19 wollen das Ministermodell, 13 das Präsidialmodell. 6 wollen weder noch, und 3 möchten eine Kombination von beiden Modellen. Ohne grosse Vorbehalte Ja zum Ministermo-

dell sagen die CVP, die SP, die Liberalen, elf Kantone und fünf Organisationen – darunter der Gewerkschaftsbund. Dieses Modell sei geeignet, den Bundesrat zu entlasten. Er könne sich so besser auf die strategischen Belange konzentrieren.

Grüne und SD gegen Minister

Das Präsidialmodell wollen die Grünen und die Schweizer Demokraten, sieben Kantone – darunter Bern und Zürich – und drei Organisationen, darunter der Vorort. Sie fürchten um Autorität und Macht des Bundesrats und glauben nicht, dass operative und strategische Ebene mit dem Ministermodell getrennt werden können.

SVP will weder noch

SVP und LdU, zwei Kantone und eine Organisation wollen weder das eine noch das andere. Die SVP will stattdessen die Bundeskanzlei aufwerten, schlägt die Möglichkeit der Abwahl von Bundesratsmitgliedern während der Legislatur vor – und natürlich die Volkswahl der Landesregierung.

FDP will eine Kombination

Die FDP, der Kanton Neuenburg und der Arbeitgeberverband wollen eine Kombination von beiden Modellen: Siebenköpfige Landesregierung, gestärktes Bundespräsidium und Minister.

Neu: Die Resolution

Eine Mehrheit der Vernehmlasser sagt wie der Bundesrat Ja zum neuen Instrument der Resolution. Mit der Resolution, die bereits in der neuen Bundesverfassung vorgesehen ist, soll das Parlament dem Bundesrat Aufträge erteilen können. Es wird so gestärkt.